



REGION

BASEL-STADT, BASELSTADT, BASELSTADT, SCHWARZBUBENLAND

NWS GEBÄUDETECHNIK
GMBH**NEUERÖFFNUNG**NWS-Gebäudetechnik GmbH
Reinacherstrasse 129
4053 Basel
Telefon 061 501 66 33
info@nws-gbt.ch
www.nws-gbt.ch

Jungpolitiker sind entsetzt

Uni Basel Die Kritik am «Weltwoche»-Entscheid nimmt zu - und trifft auch die Skuba

VON MÉLANIE HONEGGER

Es war ein Beschluss, der für zahlreiche Reaktionen sorgte. Am Dienstagabend entschied der Studierendenrat der Universität Basel, an seiner Forderung festzuhalten und beim Rektorat den Antrag einzureichen, an der Uni in Zukunft keine Gratis-Ausgaben der «Weltwoche» auflegen zu lassen. Einige Schlagzeilen und Titelbilder des Magazins seien laut den Initianten «klar rassistisch», und Studierende könnten sich dadurch angegriffen fühlen.

Dass längst nicht alle Studierenden hinter diesem Entscheid stehen, zeigte sich bereits am folgenden Morgen. Der Präsident der Studentischen Körperschaft der Uni Basel (Skuba), Giuliano Bortor, kündigte gegenüber dem Online-Portal «Prime News» seinen Rücktritt an. Die vergangenen Tage seien für ihn eine Belastungsprobe gewesen, so Bortor. Der Skuba-Präsident musste regelmässig für die Entscheide des Studierendenrats einstehen, obwohl er dort selbst gar nicht Mitglied und deswegen auch nicht stimmberechtigt ist.

JSVP gegen «untragbare Zensur»

Wer Bortors Nachfolge antreten wird, steht noch aus. Klar ist: Die Person wird einen schweren Start haben. Durch die Forderung des Studierendenrats gerät nun auch die Skuba unter Beschuss. SVP-Grossrat Alexander Gröflin forderte via Twitter dazu auf, aus der Skuba auszutreten. Der Stein des Anstosses: Sämtliche Studierenden an der Universität Basel sind automatisch Skuba-Mitglieder und zahlen pro Semester zehn Franken Mitgliederbeitrag. Gröflins Aufruf kommt nicht überall gut an. «Der Boykott des politischen Prozesses hat in unserer Demokratie nichts verloren», kommentiert Ratsmitglied Mirko Lischer, der sich selbst erfolglos gegen den «Weltwoche»-Entscheid gewehrt hatte.

Bisher hatte Gröflins Aufruf zwar keine Konsequenzen, wie Cyrill Grieder, der Geschäftsführer der Skuba, bestätigt: Die Anzahl Austritte der vergangenen Wochen läge «im tiefen einstelligen Bereich». Dennoch dürfte der Entscheid des Studierendenrats weite Kreise ziehen.

Bereits in die Debatte eingemischt hat sich die Junge SVP beider Basel, die sich in einer Medienmitteilung gegen den Entscheid des Studierendenrates stellt und dessen Beschluss als «untragbare Zensur» bezeichnet. Dass die Welle der Kritik so



Wird die «Weltwoche» bald aus dem Kollegiengebäude verbannt? Noch ist nichts definitiv.

JURI JUNKOV

«Der Studierendenrat hat einen intoleranten Entscheid gefällt und bestätigt damit das Bild einer abgehobenen Studentenschaft, die nur mit Gleichgesinnten klarkommt.»Naomi Reichlin Studentin und
FDP-Baselstätt-Vizepräsidentin

nicht antizipiert wurde, zeigten die Voten am Dienstagabend. Sie habe ein derartiges Medienecho nicht erwartet, gab eine Studentin zu. Die bereits im Vorfeld geführte Debatte hatte einen erheblichen Einfluss auf das Stimmverhalten: Der Beschluss, der ursprünglich mit nur einer Gegenstimme zustande kam, wurde am Dienstagabend mit zehn Gegenstimmen nur relativ knapp abgesegnet.

Referendum in Sicht

Eine Wendung, die auch der Vizepräsidentin der Baselbieter FDP, Naomi Reichlin, auffiel. Die Studentin bedauert den Beschluss des Gremiums: «Der Studierendenrat hat einen intoleranten Entscheid gefällt und bestätigt damit das Bild einer abgehobenen Studentenschaft, die nur mit Gleichgesinnten klarkommt.» Sie möchte sich nun stärker für die studentischen Anliegen engagieren. «Ich habe infolge der «Weltwoche»-Debatte meine Bewerbung eingereicht, um künftig als Mitglied des Studierendenrates mitbestimmen zu können», sagt sie gegenüber der bz. Einige Studierende wurden bereits aktiv. Wie «Prime-

news» berichtet, wurden an der Uni am Mittwochabend erste Unterschriften für ein Referendum gesammelt. Noch bis zu diesem Freitag haben die Studierenden Zeit, um 150 Stimmen zu sammeln und den Entscheid doch noch zu kippen.

Kommt das Referendum nicht zustande, liegt der Entscheid beim Rektorat. Dieses könne sich noch nicht äussern, wie Uni-Sprecher Matthias Geering sagt. Er stellt aber klar: «Generell möchten wir an der Uni nicht über einzelne Publikationen werten.» Im Kollegienhaus würden jeweils ungefähr zehn «Weltwoche»-Ausgaben aufgelegt. Das werde auch mit anderen Zeitschriften so gehandhabt. Für den «Meinungsaustausch» würden den Studierenden auch die «Tageswoche» und kleinere Publikationen zur Verfügung gestellt. «In der Vergangenheit sind wir davon ausgegangen, dass die Studierenden die Inhalte selbst einordnen können.»

Ob das Rektorat dieser Einschätzung auch künftig folgen wird, wird sich bald zeigen: Bis Ende Monat soll der Entscheid laut Geering feststehen. «Wir werden den Fall an der nächsten Sitzung besprechen.»

Lenkungsabgabe funktioniert nicht

Stromverbrauch Seit 1999 zahlen Basler mehr für Strom, um den Verbrauch zu senken. Das klappt nicht, sagen jetzt Luzerner Forscher.

VON BENJAMIN ROSCH

Wenn Sie in Basel wohnen, haben Sie sich vielleicht schon gewundert: Einmal im Jahr erhalten Sie einen Brief, in dem Ihnen mitgeteilt wird, dass sie 62 Franken erhalten. Dazu gibt's jeweils ein paar Tipps, wie Sie noch besser Strom sparen können.

Dahinter steckt die vom Basler Parlament beschlossene Lenkungsabgabe für einen massvolleren Umgang mit Strom. Der Kanton hat das System 1999 eingeführt. Seither werden für jede verbrauchte Kilowattstunde einige Rappen erhoben. Regierung und Grosser Rat versprachen sich damals davon, die Be-

völkerung zum Stromsparen anzuregen, indem eine Umverteilung von starken Stromverbrauchern zugunsten einer pauschalen Auszahlung stattfindet.

Nun hat eine Forschungsgruppe der Universität Luzern um den Wirtschaftsprofessor Simon Lüchinger untersucht, wie wirksam das Basler Modell ist. Das hat den Hintergrund, dass auch auf nationaler Ebene immer wieder über Lenkungsabgaben - auch im Bereich der Elektrizität - diskutiert wird. Lüchinger kommt allerdings zu einem ernüchternden Schluss, wie gestern bekannt wurde. Im hypothetischen Vergleich mit einer gleich grossen Stadt ohne Lenkungsabgabe schnitt Basel erstaunlich schlecht ab - die Massnahme der Politik scheint ihre Wirkung zu verfehlen. Die bz hat mit Lüchinger in einem Kurzinterview über seine Studie gesprochen.

Herr Lüchinger, seit 1999 zahlen Baslerinnen und Basler eine Lenkungsabgabe auf Strom von acht**Prozent. Ihre Studie kommt zum Schluss, das hätte wenig Effekt erzielt. Warum?**

Simon Lüchinger: Die Elektrizitätsabgabe und gleichzeitige Änderungen an den Stromtarifen haben den Preis für eine Kilowattstunde Strom spürbar erhöht. Stromsparen wäre damit lohnenswerter. Dies war aber vermutlich für viele Baslerinnen und Basler nicht ersichtlich, weil sich für sie wegen der gleichzeitigen Abschaffung einer Grundgebühr der Gesamtbetrag der Stromrechnung kaum verändert hat.

Was war das Versäumnis der Politik?

Ich würde nicht von einem Versäumnis sprechen. Will man den Stromverbrauch senken, ist eine Elektrizitätsabgabe sinnvoll. Basels Politik hat in dieser Hinsicht in der Schweiz Pioniercharakter. Man hätte aber in der Kommunikation stärker auf den substanzialen Anstieg des Kilowattstundenpreises

hinweisen können. Stattdessen betonte man die geringen Auswirkungen auf die Stromrechnung insgesamt.

Gleichzeitig folgern Sie, grundsätzlich seien Lenkungsabgaben sinnvoll.

Im Gegensatz zu anderen Massnahmen wie Gerätevorschriften ist es bei Lenkungsabgaben den Personen und Firmen überlassen, wie sie den Stromverbrauch senken möchten. Einige werden sparsame Geräte anschaffen, andere ihre alten Geräte weniger oft nutzen. Die geringe Wirksamkeit in Basel ist durch die besonderen Umstände erklärbar und wird nicht allgemein gelten.

Wie kann Basel-Stadt das missglückte Experiment jetzt noch korrigieren?

Basel-Stadt hat einen sehr hohen Strompreis. Stromsparen lohnt sich in Basel also nach wie vor mehr als anderswo.

Zoo Basel

Noch eine Millionen-Spende fürs Ozeanum

Für das geplante Ozeanum des Basler Zolli ist eine weitere Grossspende eingegangen, diesmal über 5 Millionen Franken. Der Spendenstand für das 100-Millionen-Projekt an der Heuwaage steigt so auf insgesamt rund 57 Millionen. Die Spendenzusage von rund 5 Millionen Franken für das Gross-Aquarium stammt von einer privaten Stiftung aus Genf, wie Zolli-Verwaltungsrat Jean-Nicolas Fahrenberg gestern vor den Medien sagte. Die Stiftung möchte anonym bleiben.

Mit den bereits überwiesenen und den zugesicherten Spendengeldern von zusammen 57 Millionen Franken ist der Bau des Ozeaniums zu rund 60 Prozent finanziert. Dies würde gemäss Fahrenberg jedoch noch nicht reichen, um grünes Licht für dessen Realisierung zu geben, sollten alle Bewilligungen dereinst vorliegen. Der Zolli hat sich zum Ziel gesetzt, das Projekt vor Baubeginn nahezu vollständig finanziert zu haben, wie Fahrenberg weiter sagte.

Zoo-Direktor Olivier Pagan gab sich zuversichtlich, dass die Spendenzusagen einen Schub erführen, wenn dereinst die Baubewilligung vorliegt. Die bisherigen Zusicherungen zeigten, dass das Projekt «grossen Rückhalt» genieisse.

Am kommenden Mittwoch ist zunächst der Bebauungsplan für das Ozeanum im Basler Parlament traktandiert. Die vorberatende Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rats empfiehlt gemäss ihrem Bericht eine Annahme mit acht gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen. Das Ozeanum an der Heuwaage soll dem Publikum anhand von Themenaquarien einen Einblick in die Welt der Ozeane bieten und es für Umweltfragen sensibilisieren. Die Besucher sollen auf einem Rundgang von Basel aus entlang den Meeresströmungen die Tierwelt der Ozeane entdecken. (SDA)

Umbau

Pinguin-Anlage ist bald fertig

Kurz vor Abschluss steht im Basler Zolli der rund zwei Millionen Franken teure Umbau der Pinguin-Anlage. Deren Fläche wird von 60 auf 150 Quadratmeter vergrössert, wovon rund 100 Quadratmeter Land- und rund 50 Quadratmeter Wasserfläche sind. Die auf acht Grad gekühlte Anlage wird mit zwei Schiebetüren trennbar sein. Die Pinguine können so insbesondere während der Aufzucht der Jungtiere getrennt werden, wie Kuratorin Friederike von Houwald gestern sagte. Dies soll den Eltern eine «stressfreie» Nahrungsaufnahme ermöglichen. Vor dem Umbau der Anlage waren die Basler Pinguine in den Zoo Wuppertal umgezogen. Gemäss von Houwald kehren rund 97 Prozent im Dezember wieder nach Basel zurück: 16 Königspinguine und wohl 7 Eselpinguine. Letztere sollen später indes ins Ozeanum umziehen. Nach der Rückkehr der Pinguine will der Zoo Basel während der Wintermonate auch die bei Besuchenden beliebten Pinguin-Spaziergänge durch das Zoogelände wieder aufnehmen, abhängig von Aussenstemperatur und Laune der Tiere. (SDA)